



# EAERE

European Association  
of Environmental and  
Resource Economists

## Stellungnahme zum vorgeschlagenen Gesetzespaket der EU zum Klimawandel

Der Klimawandel hat schwerwiegende Folgen, wie der jüngste sechste Sachstandsbericht des Klimarats der Vereinten Nationen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) dokumentiert. Dies erfordert eine proaktive und ehrgeizigere Klimapolitik.

Im Juli 2021 hat die Europäische Kommission das 'Fit for 55'-Paket vorgelegt. Es enthält eine Reihe von Gesetzesvorschlägen, um die Treibhausgas Emissionen bis 2030 um 55 % gegenüber 1990 zu senken und bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen.

Geleitet von ökonomischen Grundsätzen stimmen wir in folgenden Punkten überein:

1. Das ‚Paket‘ ist mit den oben genannten Zielen kompatibel. Es wird einen effizienten und stabilen Rahmen bieten, um Anstrengungen in allen Sektoren mit Hilfe vielfältiger Instrumente in Gang zu setzen. Die Kohlenstoffbepreisung im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems (EU ETS) bleibt ein zentrales Element der europäischen Klimapolitik. Die Vertiefung und Ausweitung der Kohlenstoffbepreisung, einschließlich des Vorschlags zur Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie, ist zu begrüßen. Die Kohlenstoffpreise im Rahmen des EU-ETS liegen heute in Europa in der Spanne von 50-100 €/Tonne CO<sub>2</sub>. Diese wurde im Bericht der von den Ökonomen Nicholas Stern und Joseph Stiglitz geleiteten Kommission<sup>1</sup> als das bis 2030 erforderliche Niveau genannt. Bis zum jetzigen Zeitpunkt hat dieser Rahmen bereits zu einer kosteneffizienten Verringerung der unter das EU-Emissionshandelssystem fallenden Emissionen um über 40 % seit 2005 beigetragen.
2. Das Gesetzespaket widmet sich auch den Verteilungsfolgen der Klimapolitik. Die Art und Weise, wie Verteilungsaspekte in der öffentlichen Meinung wahrgenommen werden, spielt eine Schlüsselrolle für die soziale Akzeptanz und den letztendlichen Erfolg der vorgeschlagenen Maßnahmen. Während einige Maßnahmen möglicherweise regressive Auswirkungen haben, hat der jüngste Anstieg der Kohlenstoffpreise im Zuge der Reformen des EU-Emissionshandelssystems zu Einnahmen geführt, die für Umverteilungszwecke verwendet werden können. Es ist politisch wichtig, die sozialen Auswirkungen auf einkommensschwache Haushalte zu berücksichtigen.<sup>2</sup> Der Soziale Klimafonds, der das neue Emissionshandelssystem für Gebäude und Verkehr ergänzen soll, kann einen Rahmen bieten, um auf diese Verteilungswirkungen einzugehen.

---

<sup>1</sup> <https://www.carbonpricingleadership.org/report-of-the-highlevel-commission-on-carbon-prices>

<sup>2</sup> Dazu siehe SDSN 2021. Transformations for the Joint Implementation of Agenda 2030 for Sustainable Development and the European Green Deal. Sustainable Development Solutions Network (SDSN). Siehe auch Feindt, S., Kornek, U., Labeaga, J.M., Sterner, T., & Ward, H. (2021). Understanding Regressivity: Challenges and Opportunities of European Carbon Pricing. Energy Economics, 105550, DOI: <https://doi.org/10.1016/j.eneco.2021.105550>



# EAERE

European Association  
of Environmental and  
Resource Economists

3. Höhere Kohlenstoffpreise können zu so genanntem "Carbon Leakage" führen, d. h. zu einer Verlagerung von umweltschädlichen Aktivitäten in Länder mit weniger ehrgeizigen Umweltvorschriften. Wenn die Preise im EU-Emissionshandelssystem steigen, könnte dies ein zumindest vorübergehendes Problem werden, bis andere wichtige Akteure – dem europäischen Beispiel folgend – ebenfalls eine strengere Klimapolitik verfolgen. Zwei grundsätzliche Strategien bieten sich an, um die Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verhindern: kostenlose Zertifikate für jene Sektoren mit einem hohen Risiko einer Verlagerung; oder ein Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM). Bisher wurde der Weg einer kostenlosen Zuteilung von Zertifikaten genutzt. Dieser sollte nun verlassen werden. Der CBAM kann ebenfalls faire Wettbewerbsbedingungen schaffen. Herausforderungen bestehen aber noch sowohl aus technischer als auch aus handelspolitischer Sicht. Es ist zu begrüßen, dass der Vorschlag der Kommission für einen Grenzausgleichsmechanismus Zeit für Konsultationen mit den Handelspartnern der EU vorsieht.
4. Obwohl die EU einen relativ geringen Anteil an den weltweiten Emissionen hat, kann sie eine entscheidende Rolle spielen, wenn es darum geht, andere Länder zu inspirieren und zu zeigen, dass die ehrgeizigere umweltpolitische Maßnahmen dem allgemeinen wirtschaftlichen Wohlstand und dem Wohlergehen der Bürger nicht schaden müssen. Zu diesem Zweck müssen grüne und kohlenstoffarme Innovationen durch massive Investitionen eingeführt werden. Die makroökonomischen Politikinstrumente sollten diese Notwendigkeit widerspiegeln.
5. Das Zeitfenster, in dem die Ziele des Pariser Abkommens erreicht werden können, schließt sich rasch. Alle Länder, insbesondere die G-20-Länder, müssen ihre Klimapolitik stärken. Es sollten größere Anstrengungen unternommen werden, um die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Umwelt- und Klimaschutzpolitik zu intensivieren. Darüber hinaus sollten jene Entwicklungsländer mehr finanzielle Unterstützung erhalten, die durch den Klimawandel besonders betroffen sind.

*Übersetzung: Timo Goeschl und Karl Steininger*

---

**Unterstützen Sie bitte die  
Stellungnahme zum vorgeschlagenen Gesetespaket der EU zum Klimawandel  
indem Sie auf dieser Webseite unterschreiben:**

[www.eaere.org/statement\\_eu\\_legislative\\_proposals/](http://www.eaere.org/statement_eu_legislative_proposals/)